

Handel-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Kioskschalter oder Belegbüros 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und bei Vorbestellung halbjährlich 8.00 Goldmark. Inhalt der Halle-Zeitung: 24 Spalten. Druck- und Verlagsanstalt: Halle-Zeitung, Halle a. S., Postfach 1000. Telefon: 1111. Telegramm: 22111. Geschäftsstelle: Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Halle-Zeitung, Halle a. S., Postfach 1000.

Die Halle-Zeitung wird nach demselben Tarif wie die „Halle-Zeitung“ berechnet. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Kioskschalter oder Belegbüros 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und bei Vorbestellung halbjährlich 8.00 Goldmark. Inhalt der Halle-Zeitung: 24 Spalten. Druck- und Verlagsanstalt: Halle-Zeitung, Halle a. S., Postfach 1000. Telefon: 1111. Telegramm: 22111. Geschäftsstelle: Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Halle-Zeitung, Halle a. S., Postfach 1000.

Menetekel.

Die Krise in der Wirtschaft.

Das Stahlwerk Beder, eins der größten Stahlwerke von Europa, das am Niederrhein seinen Sitz hat, ist freiwillig unter Geschäftsaufsicht gegangen, hat also einen Schritt getan, der als der legitimste gilt, wenn man noch einen Konkurs vermeiden will. Man müßte in eingemeinten Kreisen schon seit einiger Zeit, daß dieses Werk mit Zahlungsunfähigkeit zu kämpfen hatte und seine Angelegenheiten auf die Auszahlung des Lohnes warten ließ, ein in der Geschichte der deutschen Industrie fast unerhörter Zustand. Die in Bedrängnis geratene Firma hätte das Angebot eines internationalen finanziellen Finanzierers Bankhauses annehmen können, wenn sie bereit gewesen wäre, ihr Werk für 10 Millionen Goldmark zu verkaufen. Da es etwa das Vierfache wert ist, verachtete die Firma auf dieses Geschäft und zog es vor, sich unter Geschäftsaufsicht zu stellen.

Unter normalen Verhältnissen wäre das Stahlwerk Beder vollkommen flüssig geblieben. Es hätte jederzeit Kredit genug haben können, um damit kein Kassen-Saldo damit zu überbrücken. Es hätte aber wahrscheinlich einen solchen Kredit garnicht nötig gehabt, denn seine auf Lager befindlichen Vorräte werden mit 6 Millionen Goldmark bewertet, seine Außenstände auf 3 Millionen Goldmark. Die Passiven von 9 Millionen Goldmark, die dem gegenüberstehen, werden dadurch vollkommen ausgeglichen. Nur das es heute unendlich schwer ist, Vorräte im Innenmarkt zum Herstellungspreis abzugeben und vollständig unmöglich, sie auf dem Weltmarkt unterzubringen.

Und ebenso trübe sieht es mit den Aufschlägen aus. Es ist eine allgemeine Klage, daß Wechselverpflichtungen in immer steigendem Maße nicht mehr eingelöst werden, da der Schuldner einfach zahlungsunfähig ist. Und mancher Bankzahlungsunfähigkeit ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Diese anormalen Zustände haben auch ein so völlig solches hundertes Unternehmen, wie das Stahlwerk Beder, ins Wanken gebracht. Bei vollen Lagern und einem ansehnlichen Posten von Außenständen ist kein Kredit zu haben, da diese beiden Aktivenposten einfach nicht zu realisieren sind, und der Kredit fast vollkommen erstickt ist. Begleiterscheinungen, wie wiederholte Streiks, haben die Schwierigkeit noch vermehrt.

Die Erschütterung des rheinischen Stahlwerks ist ein Warnungssignal, wie man es sich nicht drohender denken kann. Es ist wirklich keine Schwarzmalerei, wenn hervorragende Vertreter der deutschen Wirtschaft behaupten, daß die Wirtschaftslage in ein paar Wochen unerträglich sei, wenn es so weitergehe wie bisher. In einem allgemeinen Druck der Wirtschaftslage haben alle in Deutschland zu tragen, überall begegnen wir demselben Kreditnot, demselben absoluten Mangel an Kapital. An der Börse ist allerdings in der letzten Zeit etwas Geld und infolgedessen auch etwas Kaufkraft in die Erscheinung getreten. Es scheint, daß der Großhandel viele bisher zurückgehaltene Waren auf den Markt gebracht hat, selbst unter Verlusten, und daß dieses Geld zur Spekulation verwendet worden ist. Aber dieses flüchtige Kapital ist ein Tropfen auf den heißen Stein und es ist nicht dort hin gegangen, wo es dringend nötig wäre, nämlich in die Industriebetriebe, sondern an die Börse.

Für die Wirtschaft im Ganzen ist die Lage des Stahlwerks Beder vollkommen typisch, zum Teil gefüllte Lager, die totes Kapital und große Zinsverluste darstellen, zum Teil Außenstände, die nicht einzutreiben sind, nicht etwa weil der Gläubiger ein käufwilliger Nichtzahler ist, sondern weil es ihm die Notlage der Geschäftstätigkeit ebenfalls unmöglich macht, seine Arbeit und Produkte in Geld umzuwandeln. Bei dem Stahlwerk Beder kommt noch etwas besonderes hinzu: Die

Verkaufung durch die Ricumverträge, die 9 Millionen Passiven, die das Werk aufweist, sind sicher zum großen Teil Kredite, die zur Auszahlung der Ricumverträge ausgenommen werden mußten.

Es ist gar kein Zweifel, daß es vielen und hochangesehenen Betrieben im Rhein- und Ruhrgebiet nicht viel besser geht als dem Stahlwerk Beder. Es ist unter diesen Umständen nur zu verständlich, daß aus diesen

Der Auftakt zur Parlamentsarbeit.

Um den Bürgerblock.

Interfraktionelle Beratung zur Regierungsbildung.

Die Frage der Regierungsbildung ist in Frankfurt am Main. Die Deutschnationalen richteten eine Einladung an die Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei, in der es u. a. heißt:

Das Ergebnis der Wahlen und die dadurch geschaffene innere und äußere Lage erfordern nach unserer Auffassung sofort vorbereitende Verhandlungen über die Regierungsbildung. — Die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung erging für Mittwoch, dem 21. Mai, vormittags 10 Uhr, im Reichstag. Diese Einladung haben wir, so heißt es in dem Briefe weiter, einmütig nur an Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei gerichtet, indem wir davon ausgehen, daß so am raschesten eine Klärung der von der Vereinigung hergehenden Schwierigkeiten zu ermöglichen läßt, bitten wir zunächst der mündlichen Verhandlung vorzuziehen zu wollen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung am 20. Mai eingehend über die Lösung der Reparationsfrage und über die Regierungsbildung verhandelt. Nach Vorträgen der Abgeordneten Damm und von Hauner ergab sich Einmütigkeit über die Befehdung des Gutachtens der interalliierten Sachverständigen. Die Fraktion stellte die für sie maßgebenden außenpolitischen Richtlinien fest. Zur Frage der Regierungsbildung beschloß die Fraktion die Einladung der Deutschnationalen zur gemeinsamen Sitzung zu bejahen. Sie hält gemäß ihren früheren Beschlüssen die Beteiligung der deutschdemokratischen Fraktion für geboten.

Inzwischen ist auch die Einladung an die Demokraten ergangen, die für das Zentrum eine Voraussetzung für die Verhandlung mit den Deutschnationalen war. Wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt, haben die vier Parteien der Mitte zur gemeinsamen Besprechung über die Regierungsbildung heute vormittag Beratungen abgehalten. Die Besprechungen der fünf Parteien sollten dann auf der Grundlage der Richtlinien für die Außenpolitik stattfinden. Die von der Deutschen Volkspartei ausgegangene Idee der Aufstellung dieser Grundlinien ist offensichtlich von jeder vormaligen Form abgelegen, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte.

Wichtig. 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, wurden um 11 Uhr mittags die Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und den Parteien der Mitte abgebrochen, die von den Deutschnationalen aufgestellten Forderungen von den Parteien der Mitte abgelehnt wurden. Die Besprechungen werden am Donnerstag vormittag fortgesetzt werden. Wie verlautet, steht bei den Parteien der Mitte die Ansicht, die Deutschnationalen nach Möglichkeit einzuschließen, um die gemeinsame Außenpolitik für eine Regierungsbildung zu finden. In parlamentarischen Kreisen wird die Lage als nicht ausweglos betrachtet.

Deutschnationale „Einigkeit“.

Zu der Einladung der Deutschnationalen an die Mittelparteien nimmt die „Zeit“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei in Berlin, in bedeutsamen Ausführungen Stellung. Sie schreibt: Ob die Deutschnationalen mit einem solchen Programm in die Verhandlungen mit den anderen Parteien eintreten können, ist vorläufig noch zweifelhaft. Vielleicht bringt ihre Positionierung eine gewisse Klärung, aber selbst dann wird es Zeitläufe bleiben, daß die Meinungen über das, was geschehen soll, in dem Deutschnationalen Lager sehr weit auseinander liegen. Man weiß, daß Herzog und Hoeckel das Sachverständigengutachten als Verhandlungsgrundlage akzeptieren, aber Nebenherg und Hoeckel stehen andere, die das Gutachten von vornherein kategorisch ablehnen.

Gebiete der dringende Ruf kommt, durch das Sachverständigen-Gutachten endlich eine neue Basis zu schaffen, auf der sich die Wirtschaft mit auskömmlichen Krediten tätigen kann. Man wird es unter diesen Umständen auch verstehen, daß die Regierung Pflichtgefühl genug besitzt, die Verhandlungen weiterzuführen, damit eine Einigung sobald wie

Zu ihnen gehören die Vaterländischen Verbände unter ihrem Vorsitzenden, dem deutschnationalen Abgeordneten Heiser.

Auch Herr Dr. Neumann-Brosch in der „Deutschen Zeitung“ fordert die Einigung, wie ein positiver Wirkensperiode der Deutschnationalen noch nicht gekommen ist, und verlangt deshalb, die Deutschnationale Fraktion solle in der Opposition bleiben, unter Einwirkung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel“ die Regierungsbildung verhindern, die sie nicht wolle, die Arbeit des Reichstages lahmlegen und damit eine förmliche Auflösung und förmliche Neuwahl des Reichstages erzwingen. Man wird erkennen müssen, daß diese Tonart eine feindliche Begleitmusik zu der deutschnationalen Einladung bildet. Es kommt hinzu, daß auch die deutschnationale Provinzpresse durch Herrn Neumann-Brosch, wie ein Artikel der „Kölnischen Zeitung“ zeigt, über das die Schwierigkeiten, die von den Deutschnationalen selbst überwunden werden müssen. Wenn sie endlich entschlossen sind, mit den Bürgerlichen Parteien über die Beteiligung an einer Regierungsbildung zu verhandeln, so wird ihnen niemand einen Anstoß an der Erwartung zurechnen können.

Der deutschnationale Abg. Deetberg schreibt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 235) u. a. folgendes:

„Damit wende ich mich auch gegen diejenigen, die das Gutachten a limine ablehnen und dadurch vor aller Welt die Schuld von dem Feinde auf Deutschland lenken. Sie sollten bedenken, daß sie durch diese Art von Politik eine geschlossene Front der Minderheiten schaffen und das besetzte Gebiet in neue, schwere Leiden führen, die schließlich den Verlust von Rhein und Ruhr zur Folge haben. Der Weg der Verhandlung aber begründet die Hoffnung, daß England, Italien und Amerika den deutschen Rechtsstandpunkt sich zu eigen machen und die Befreiung des Einbruchgebietes fordern werden, es sei denn, daß England die Rechtsaufhebung seiner Konjurur über den widerrechtlichen Einmarsch in das Ruhrgebiet preiszugeben gemillt ist. Mir scheint, daß auf der geschilderten Basis die Regierungskoalition in Deutschland gebildet werden muß. Keine Partei von Verantwortungsbewußtsein kann sich ihr entziehen und nur sie hat den Resonanzboden im rheinischen Volk. Bereitschaft bis zur Grenze des Möglichen und der Ehre — das ist unsere Aufgabe.“

Die Tischordnung im Reichstag.

In einer Besprechung des Reichstagspräsidenten Loeb mit den Führern sämtlicher Parteien wurde folgende Reihenfolge für die Sitze der einzelnen Parteien nach rechts nach links im Reichstag einmütig beschlossen: 1. Deutschnationale; 2. Nationalsozialistische Freiheitspartei; 3. Deutsche Volkspartei; 4. Bayerische Volkspartei, hinter dieser liegen die vier Sitze der Deutsch-Sozialen unter Führung des Abgeordneten Ruge; 5. Wirtschaftsbund, eine Fraktion, die sich aus drei bairischen Bauernvereinen, fünf Wesseln und sieben Mittelhändlern bildet; 6. Zentrum; 7. Demokraten; 8. Sozialdemokraten; 9. Kommunisten.

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei (früher deutschnationale genannt) erhob den Anspruch auf der äußersten Rechten sitzen zu dürfen. Dieser Anspruch wurde ihnen aber von den Deutschnationalen sehr energisch bestritten. Die Parteiführer entschieden dann mit fünf gegen vier Stimmen, wobei jede Partei eine Stimme hatte, daß die Deutschnationalen ihre bisherigen Plätze behalten. Nunmehr protestierte die Deutsche Volkspartei dagegen, daß die Nationalsozialisten zwischen sie und die Deutschnationalen kommen, aber dieses Protest wurde nach fünf gegen vier Stimmen abgewiesen, und zwar nur, weil die nächsten Gruppen dann denselben Protest zum wiederholten Male erhoben haben würden.

möglich zustande kommt. Denn jeder verlorene Tag und jede verlorene Stunde können für unsere Wirtschaft verhängnisvoll sein.

Auf diesem Hintergrunde erhebt der Konflikt im Kohlenbergbau in besonders großer Bedeutung. Der Schiedsspruch ist abgehört worden und der Kampf soll nach dem Beschluß der Bergarbeiterverbände weitergehen. Wie es scheint, wäre eine Einigung denkbar, wenn außer der 15prozent Lohnerhöhung noch eine besondere Lohnzulage für Ueberstunden zugefunden würde. Ob ein solches Zugeständnis überhaupt möglich ist, erhebt Zweifelhaft. Die Kohlenarbeiter behaupten, daß sie schon gegenwärtig mit Verlust arbeiten. Und man hat wirklich keine Ursache mehr, darüber die Äpfel zu zuden, sondern sogar eine Firma, wie das Beder-Stahlwerk, unter Geschäftsaufsicht gegangen ist. Der Produktionsausfall belastet die Industrie und die gesamte Wirtschaft mit neuen ungeheuren Kosten. Und wenn es notwendig ist, daß der deutschen Wirtschaft durch die Ausfüllung des Sachverständigen-Gutachtens sobald wie möglich geholfen wird, so ist es auf der anderen Seite nicht minder nötig, daß die Arbeiterfraktion sich den Verhältnissen anpaßt. Denn unter dem Zusammenbruch der Wirtschaft hat sie zuerst zu leiden. Das Menetekel vom Niederrhein wird hoffentlich auch hier nicht vergebens sein.

Neue französische Gewaltmaßnahmen.

Was aus dem besetzten Gebiet zu uns herüberdringt, ist absolut nicht in Einklang zu bringen mit den Versicherungen der französischen Minister, es werde um eine Area des Friedens und der Gütlichkeit anbrechen. Von den französischen Militärbehörden die Regierung der Stadtverwaltung in Düsseldorf zur Errichtung neuer militärischer Bauten eine prächtige Gelegenheit, sich wieder einmal auszuheben zu können, gibt der Bergarbeiterstreik seit den jüdischen Besatzungsbehörden, in erster Linie der Witum, einen vorzüglichen Anlaß. Das während des passiven Widerstandes begonnene, durch die Reichsregierung gefestigte und ergänzte Wirtschafswerk jetzt zu vollenden.

Sie hat beschlossen, zur Fortsetzung der Bergbauarbeiten die Entente und der Eisenbahngesellschaft im besetzten Gebiet mit Kohle einen Teil der den Ruhrgruben geschickten Kohle zu liefern und Kohle aus dem Ruhrgebiet abtransportieren zu können, sollen aus französisch einpendende Arbeiterkolonnen herausgeführt werden.

Schon einmal während des passiven Widerstandes gingen die Franzosen gemeinlich mit ihren belagerten Besatzungen in dieser Weise vor: sie beschlagnahmten Maschinen und Industriewerte, stellten sie unter französisch-belagerte Verwaltung und hielten die für den Betrieb erforderlichen Arbeiter und höheren Angestellten aus Frankreich und Belgien an die Ruhr. Trotz der Einstellung des passiven Widerstandes und der Abgeschlossenheit der Lieferungsverträge sind die Franzosen aber bis heute noch nicht davon abgegangen, die fetterzeit am Rheinischen Ruhrgebiet zu belagern. Sie hatten sich damals die allerbesten und produktivsten Gruben des Ruhrgebietes ausgesucht, die weniger wertvoll verfallenen sie. Dafür wurde aber den nichtbeschlagnahmten Gruben eine ansehnliche Summe durch die Lieferungsverträge auferlegt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Sittung von Sittenwerten. Ellen, 21. Mai. Auf einigen Tagen in Redaktionsbüros und Herden mehr ist die Zahl der Angehörigen, die aber mechtlos sind, da die Kommunisten alle Arbeitsstellen an den Angehörigen abnahmen. In Cottbus wurde die Woche vorher 3 einige Zeit von den Belagerten belegt. In Bochum und eine Verarmung der kommunikativen Anlagen hat. Der Reichert forderte die Jugendlichen an, sich an die Spitze der Kämpfer zu stellen und sich in einem allgemeinen Kampf zu engagieren. Es wurde versichert, daß die Jugendlichen nicht mehr an den Angehörigen teilnehmen werden. Die Angehörigen sind in voller Tätigkeit, ohne jedoch gegen die ansehnliche Widerstand etwas auszusagen zu können. Die Gefahr für die Gewerkschaften ist augenblicklich groß.

